

Drucken Zur Detailansicht Vorlesen Schließen

Es geht um mehr als die Familienbeihilfe

„Die zeitliche Reduktion der Familienbeihilfe sollte Folgen haben, wobei ideologische Schützengräben verlassen werden müssen“

Die Uni-Verantwortlichen und die Studierenden erzielten mit ihren Protesten gegen Unterfinanzierung und miserable Studienbedingungen bei der Loipersdorfer Budgetklausur der Bundesregierung einen ersten Teilerfolg: Die Unis bekommen 80 Millionen Euro mehr und es wird bei überlaufenen Studien Eingangsphasen geben.

Andererseits wird die Familienbeihilfe nicht mehr bis zum vollendeten 26., sondern nur mehr bis zum 24. Lebensjahr ausbezahlt. Diese beträgt mindestens 152,7 Euro monatlich oder 1832,4 Euro jährlich. Die unmittelbar vor den Nationalratswahlen 2008 abgeschafften Studiengebühren beliefen sich auf 363,36 Euro pro Semester, also 726,72 Euro jährlich. Wer also länger studiert, verliert in diesen beiden Jahren mehr als das Doppelte an Familienbeihilfe, als die Studiengebühren gekostet hätten. Und vor allem: Entscheidend ist, dass die Voraussetzungen geschaffen werden, damit bis zum 24. Lebensjahr Studien tatsächlich beendet werden können, dass also Pflichtübungen, Praktika und Seminare kapazitätsmäßig nicht so begrenzt sind, dass lange Stehzeiten unvermeidlich werden – davon abgesehen, dass manche Jugendliche erst mit 19 zur Matura kommen und dass Präsenz- und Zivildienstzeiten einberechnet werden (oder ist das Ende der Wehrpflicht bereits mit einkalkuliert?).

Seit es für das Medizinstudium Aufnahmetests gibt, haben sich die Studiendauern, Drop-out-Quote und Wartezeiten radikal verringert – dennoch wird man selten mit 24 fertig sein können. Das Beispiel zeigt aber, dass eine Studienplatzkontingentierung sehr positiv wirken kann.

Die zeitliche Reduktion der Familienbeihilfe sollte daher logische Konsequenzen haben, wobei völlig veraltete ideologische Schützengräben verlassen werden müssen. Aufrichtigkeit statt wohlklingender politischer Lebenslügen ist gefordert: Natürlich sollen so viele junge Menschen wie möglich studieren, aber es kann nicht jeder alles beliebig lange inskribieren. Alles andere wäre volkswirtschaftliche Vergeudung, wobei exzellente Ausbildung nicht gegen umfassend universitäre Bildung ausgespielt werden darf.

Eine ausreichende Studienplatzfinanzierung durch öffentliche Hand und Private zur Erreichung der proklamierten Quote von zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts ist notwendig. Vielleicht kann auch der in der Hamburger ZEIT ventilierter Vorschlag für „nacheilende Studiengebühren“ hilfreich sein: Die Unis bekommen pro Student und Jahr 1000 Euro vorgestreckt, nach Studienabschluss und Erreichung eines Jahreseinkommens von 30.000 Euro zahlen die Jungakademiker zinsfrei zurück. Bezeichnender Titel des Artikels: „So geht es nicht. Die Politik hat eine gute Idee ruiniert: Studiengebühren sind zum Wahlkampf-Instrument verkommen“.

Herwig Hösele war Präsident des Bundesrates (ÖVP).